



Regimegegner in Teheran im September 2009: Aus Helden der Bewegung sind Hilflose geworden

FLÜCHTLINGE

„Sie schlugen mich halbtot“

Knapp 2000 Oppositionelle der „grünen Revolte“ sitzen nach ihrer Flucht aus Iran in der Türkei fest. Deutschland will etwa 20 aufnehmen, aber nur nach einem langwierigen Verfahren.

Ali Kantoori hat in seiner Erinnerung kein Bild von seinen Peinigern. Es sind die Stimmen, die sich in sein Gedächtnis eingebrannt haben. Man hatte ihm die Augen zugebunden und die Kleidung vom Leib gerissen. „Wenn wir mit dir fertig sind“, sagte eine der Stimmen, „werden deine Haare so weiß sein wie deine Zähne.“

Fünf Monate saß der Sportstudent im berüchtigten Evin-Gefängnis in Teheran, 25 Tage davon in einer Dunkelzelle. Während der Verhöre brachen ihm die Folterer mehrere Rippen, peitschten mit Elektrokabeln auf seine Fußsohlen. Manchmal, so erinnert sich der 29-jährige Iraner, zwangen sie ihn und andere Gefangene, auf dem Boden zu kriechen, den Schmutz aufzulecken, Tiergeräusche nachzumachen. Für eine Kaution von 120.000 Euro holte ihn die Familie schließlich aus der Hölle. Zumindest aus dieser.

Heute lebt Kantoori in Nigde, einer Stadt im Herzen der Türkei. Mit seiner Flucht Anfang März entging er einem erneuten Haftbefehl wegen „Propaganda gegen die Islamische Republik“. Seine Haare sind nicht weiß geworden, aber Kantoori leidet unter schweren Depressionen und Asthmaanfällen.

Auch Tania Ahmadi hat sich in die Türkei abgesetzt. Die junge Ärztin hatte in einem Weblog die Steinigung von Frauen

angeprangert. Und sie hatte mit der „grünen Bewegung“ seit Sommer 2009 gegen das Regime von Mahmud Ahmadinejad protestiert. So geriet sie in das Visier der Sicherheitsdienste. Im Januar verhafteten sie die 28-Jährige, die einst selbst im Evin-Knast zur Welt kam und deren Mutter, eine Kommunistin, dort kurz nach Tanias Geburt hingerichtet wurde.

„Sie sagten mir, ich würde dasselbe Schicksal erfahren wie meine Mutter“, erzählt Ahmadi. „Dann schlugen sie mich halbtot.“ Mit inneren Blutungen, zeitweise halbtot auf beiden Ohren, schickten die Folterer sie nach Hause. Kurz darauf sollte ihr Prozess beginnen. „Ich verließ das Land, so schnell ich konnte.“ Fluchtpunkt Zentralanatolien. Endstation Zentralanatolien?

Nach Schätzungen von Unterstützern sitzen knapp 2000 Dissidenten wie Kantoori und Ahmadi in der Türkei fest. Aus den Helden der Revolte sind Hilflose geworden, Flüchtlinge, die nur ihr Leben gerettet haben. Wochenlang hatten sie gegen die Wahlfälschung bei den Präsidentschaftswahlen demonstriert, hatten mit grünen Bändern und Fahnen dem Protest eine Farbe gegeben – bis das Regime ihren Widerstand brutal gebrochen hatte.

Die es überlebten und über die Grenze nach Norden schafften, hoffen nun auf die Aufnahme in einem westlichen Land. Doch gerade Deutschland scheint sich

schwer damit zu tun. Zwar hat das Innenministerium Anfang März angekündigt, einige Oppositionelle aufzunehmen. Vergangene Woche wurden die Ministerialen in einem Bericht für den Bundestags-Innenausschuss etwas konkreter: Gemeint seien „Journalisten, Fotoreporter und andere Einzelpersonlichkeiten, die sich besonders für Menschenrechte und Demokratie in Iran eingesetzt haben“. Außerdem Häftlinge, die in den Folterknästen Schlimmes durchgemacht hatten. Doch bis heute hat die Bundesrepublik noch keinen von ihnen ins Land geholt. Erst im Juni, so die Ansage aus dem Ministerium von Thomas de Maizière (CDU), werde es so weit sein – fast ein Jahr nach der Niederschlagung des Aufstands.

Das aber provoziert kritische Fragen: Wollte sich Berlin lange Zeit vor seiner Verantwortung drücken? Große Worte, keine Taten? Und tut Berlin auch jetzt nur das Nötigste und Billigste?

Am 3. März hatte Außenminister Guido Westerwelle (FDP) vor dem Uno-Menschenrechtsrat in Genf die Deutschen zur Schutzmacht der grünen Bewegung ausgerufen; die Journalisten, die Gewerkschaftler, all die Bürger, die nur eingefordert hätten, was ihnen die Verfassung garantiere – „Sie alle sollen wissen: Wir sind fest an ihrer Seite“. Fünf Tage später kündigte das Innenministerium an: Deutschland nehme Iraner auf, in begründeten Einzelfällen, als Zeichen der Solidarität. Es handele sich um Iraner im Ausland, und jeder wusste: Es ging um die geflüchteten Dissidenten in der Türkei.

Doch neun Wochen nach den starken Auftritten sehen die deutschen Unterstützer der Flüchtlinge nur schwache Fortschritte. „Ich habe den Verdacht, Deutschland wartet ab, bis andere Länder die Flüchtlinge aufgenommen haben, um

Geld zu sparen, um keine Scherereien mit Iran zu bekommen“, mutmaßt Mehran Barati, iranischer Exilpolitiker mit Wohnsitz Berlin. „Es kann doch nicht sein, dass eine Bundesregierung, die Flüchtlinge aufnehmen will, dafür vier Monate braucht.“

Barati zählt nicht erst seit März, sondern seit Januar. Damals hatte er dem Auswärtigen Amt eine Liste mit 70 Namen und Biografien übermittelt. Es war ein Dossier über Gefolterte, Geflohene und Gestrandete, die seit Monaten in der Türkei festsaßen, in ständiger Angst vor iranischen Geheimagenten.

Zwar haben sich die meisten beim Uno-Flüchtlingshilfswerk UNHCR gemeldet und müssen seitdem keine Abschiebung befürchten. Aber erwünscht sind sie nicht. Zu gut sind die Beziehungen der Türkei zum Mullah-Regime, zu sehr sind die Türken an mehr Gas aus Iran interessiert.

und Flüchtlinge (BAMF) im Jahr 2008 nur 35 Prozent der Asylanträge von Persern an, 2009 dagegen schon 48 Prozent und im ersten Quartal 2010 sogar 56 Prozent – bei stark steigenden Zahlen. Dass Berlin nun ausgerechnet bei den Dissidenten mauern sollte, erscheint wenig plausibel.

Tatsächlich kann die Regierung mit einer Chronologie belegen, dass sie nicht mutwillig getrödel hat. Schon drei Tage nach der Entscheidung von de Maizière am 2. März hatten seine Ministerialen alle Länder angeschrieben: Sie sollten sich bitte auf die Aufnahmeaktion vorbereiten.

Am 11. März ging es mit den Kollegen vom Auswärtigen Amt und dem UNHCR um Zuständigkeiten, am 19. März schickte das Außenministerium eine Liste mit möglichen Kandidaten ans Innenressort, am 22. März stimmten sich beide Häuser über die Namen ab, und dann so weiter – Listen aktualisieren, bei den Ländern ab-

Während nämlich Malta kürzlich noch sehr dankbar für die Zusage war, dass Deutschland dem Inselstaat 100 Bootsflüchtlinge abnimmt, wollen die Türken auf keinen Fall den Eindruck entstehen lassen, sie könnten mit dem Flüchtlingsproblem überfordert sein. „Eine Pressekonferenz bei der Ankunft der ersten Iraner wird es mit Sicherheit nicht geben“, sagt ein deutscher Regierungsbeamter.

Deshalb kann man die Bemühungen nun so oder so sehen: Aus Sicht der Behörden, die tun, was sie immer tun, ganz nach Vorschrift. Und aus Sicht der Flüchtlinge, die, so Barati, jeden Tag fragen: „Wann kommen wir hier endlich raus?“

Mohammad A. und Zahra Z. wollten jedenfalls nicht länger warten, bis die Beamten so weit sind. Sie schlugen sich selbst nach Deutschland durch, leben nun in einer Flüchtlingsunterkunft in Hessen.



Innenminister de Maizière, Außenminister Westerwelle: „Wir sind fest an ihrer Seite“

Deshalb hoffen nun viele Oppositionelle auf eine Zukunft im Westen. Doch zumindest die Chance auf eine Reise nach Deutschland ist klein.

In einer Runde mit Innenministerialen von Bund und Ländern war von 20 Flüchtlingen die Rede, die man aufnehmen könne. Zu wenig, wie Barati kritisiert – Frankreich nehme 40, das kleine Norwegen sogar 140. Ein Vorwurf, für den das Bundesinnenministerium kein Verständnis hat: „Wenn man sich das gesamte Leid ansieht, erscheint jede Zahl zu niedrig. Aber dass gerade diejenigen kritisiert werden, die helfen, ist nicht nachvollziehbar“, erklärt der Parlamentarische Staatssekretär Ole Schröder (CDU). Und das Verfahren? Nein, das sei „das übliche Aufnahmeprocédere“, es werde nicht gebummelt, schon gar nicht aus politischen Gründen.

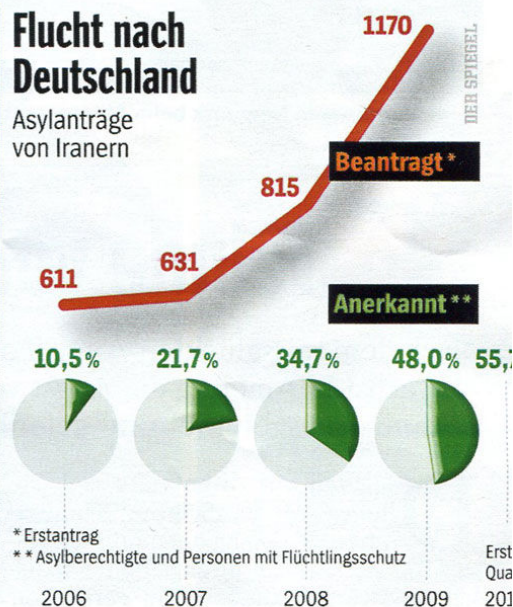
Dafür spricht immerhin, dass Deutschland bei iranischen Flüchtlingen in jüngster Zeit immer großzügiger geworden ist. So erkannte das Bundesamt für Migration

fragen, wer wie viele Flüchtlinge nehmen könnte, am 22. April ein Erlass des Innenministers: Das BAMF solle Vertreter in die Türkei schicken, um die Bewerber zu interviewen. Stimmen deren Angaben? Wie lassen sie sich in Deutschland eingliedern und wo am besten? Nächste Woche sollen die ersten dieser Gespräche laufen. Dann brauchen die Beamten aber immer noch Zeit: für das Visum, um den Zeitpunkt für die Ausreise festzulegen, ein Flugticket zu besorgen.

Es ist das übliche Verfahren, sehr deutsch eben. Sicher, es gab auch mal zwei Wochen Pause um Ostern herum, aber nichts, was auf ein Aussitzen, Aus hungern hindeuten würde. „So ein Vorwurf ist grober Unfug“, sagt denn auch Wolfgang Bosbach (CDU), der Innenausschuss-Vorsitzende im Bundestag. Man ist nur gründlich, und man ist sehr vorsichtig, um keine diplomatischen Zwischenfälle zu provozieren. Der Umgang mit den Türken gilt als heikel.

Flucht nach Deutschland

Asylanträge von Iranern



Mohammad trägt stolz ein T-Shirt, grün wie die Bewegung, für die er sein Leben riskierte. 22 000 Euro waren der Preis für ein Ticket in die Freiheit.

Schlepper hatten sie nachts an die türkische Grenze gebracht. Über Izmir ging es nach Athen, Mailand, bis zu einer Bushaltestelle in der Frankfurter Innenstadt. Am Ende waren sie fünf Monate unterwegs. Mohammad musste miterleben, wie neben ihm, versteckt in einem Kühlkoffer, ein 16-jähriger Flüchtling erfror. Doch schlimmer als all die Strapazen der Reise wog die Angst, verhaftet und zurück nach Iran geschickt zu werden.

In Hessen hat das Paar nun Asyl beantragt. „Wir sind geflohen, weil wir keine andere Möglichkeit sahen, unser Leben zu retten“, sagt Mohammad. „Und auch die Iraner, die noch in der Türkei warten“, fügt Zahra hinzu, „sind wie wir nicht freiwillig zu Flüchtlingen geworden.“

JÜRGEN DAHLKAMP, SIMONE KAISER, DANIEL STEINVORTH